

## Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 9. Mai 2011

eingegangenen Antworten der Bundesregierung

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	54	Lötzer, Ulla (DIE LINKE.)	32, 33, 34, 35
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	28	Marks, Caren (SPD)	45, 46
Bülow, Marco (SPD)	63	Mattheis, Hilde (SPD)	11, 12
Dr. Bunge, Martina (DIE LINKE.)	38	Maurer, Ulrich (DIE LINKE.)	47, 48
Burkert, Martin (SPD)	64	Menzner, Dorothee (DIE LINKE.)	72, 73, 74
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	2, 3	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	1, 81, 82
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	39	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	5, 6
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	40, 41	<b>Pau, Petra (DIE LINKE.)</b>	<b>10</b>
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Frankenhauser, Herbert (CDU/CSU)	30	Röspel, René (SPD)	13
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 56	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	61
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	65	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21, 22
Hagemann, Klaus (SPD)	77	Schneider, Carsten (Erfurt) (SPD)	23
Herzog, Gustav (SPD)	66, 67, 68	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	78, 79
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31	Schwabe, Frank (SPD)	75, 76
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	14, 15, 16, 17	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	70, 71
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4	Senger-Schäfer, Kathrin (DIE LINKE.)	62
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59, 60	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	24
Koczy, Ute (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 83
Korte, Jan (DIE LINKE.)	8, 9	Dr. Volkmer, Marlies (SPD)	51, 52, 53
Kramme, Anette (SPD)	42, 43	Voß, Johanna (DIE LINKE.)	36, 37
Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	18, 19, 44	Ziegler, Dagmar (SPD)	25, 26, 27
Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	57		
Lange, Christian (Backnang) (SPD)	69		

dort die relevanten Informationen und Erkenntnisse schnell, umfassend und mit allen beteiligten Behörden erörtert sowie gemeinsame Maßnahmen abgestimmt werden. Die durch die beiden Gesetze (Terrorismusbekämpfungsgesetz und Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz) geschaffenen Befugnisnormen sind ein wesentlicher Bestandteil der Aufgabenerledigung der Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung von islamisch-terroristischen Strukturen und Netzwerken in Deutschland geworden. Die dadurch ermöglichte Daten- und Informationserhebung leistet einen nicht verzichtbaren Beitrag, um Gefährdungssachverhalte aufzuklären, insbesondere islamistische Personen und Personengruppen aufzudecken und Anschlagplanungen zu vereiteln.

10. **Abgeordnete**  
**Petra**  
**Pau**  
**(DIE LINKE.)** Wie viele antisemitisch motivierte Friedhofschändungen gab es im Jahr 2010 bundesweit, und wie viele dieser Straftaten konnten aufgeklärt werden (bitte nach Ländern und Art der Motivation auflisten)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Ole Schröder vom 12. Mai 2011**

Dem Bundeskriminalamt wurden im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität von den die Fallzahlen erhebenden Ländern für das Jahr 2010 (Stand: 31. Januar 2011) bundesweit 41 Fälle antisemitischer Straftaten mitgeteilt, bei denen jüdische Friedhöfe als Angriffsziel benannt worden sind. Die 41 Fälle wurden alle dem Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität – rechts (PMK-rechts) zugeordnet.

Die Verteilung auf die einzelnen Ländern stellt sich wie folgt dar:

	<b>PMK-rechts</b>
BB	1
BE	0
BW	1
BY	6
HB	1
HE	4
HH	1
MV	4
NI	2
NW	11
RP	4
SH	0
SL	0
SN	3
ST	2
TH	1
<b>gesamt</b>	<b>41</b>

Zum Stichtag 31. Januar 2011 waren vier Fälle aufgeklärt, davon jeweils ein Fall in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

11. Abgeordnete  
**Hilde  
Mattheis**  
(SPD)                      Weiß die Bundesregierung, wie hoch der tatsächliche Anteil außergerichtlicher Einigungen bei der Verbraucherentschuldung ist und warum es so große regionale Unterschiede zu geben scheint?

#### **Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Max Stadler vom 9. Mai 2011**

Der Bundesregierung liegen statistische Daten nur in beschränktem Umfang vor. Das Statistische Bundesamt hat im Rahmen der Statistik zur Überschuldung privater Personen im Wege einer freiwilligen Befragung von Schuldnerberatungsstellen festgestellt, dass bei den im Jahr 2009 beendeten Beratungsfällen in 18,6 Prozent der Fälle eine außergerichtliche Schuldenregulierung erfolgte. Im Jahr 2008 lag der Anteil der durch einen außergerichtlichen Einigungsversuch beendeten Beratungsfälle bei 18,1 Prozent.

Eine repräsentative Untersuchung aus dem Jahr 2005 des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ergab, dass der außergerichtliche Einigungsversuch in 7,3 Prozent der untersuchten Fälle erfolgreich war. Die Mehrheit der Schuldner nahm bei der Erstellung eines Schuldenbereinigungsplans die Hilfe einer „geeigneten Person oder Stelle“ in Anspruch. Ein Drittel aller Pläne wurden nach dieser Untersuchung von Rechtsanwälten eingereicht. Daraus kann gefolgert werden, dass bei Untersuchungen, die sich nur auf das Zahlenmaterial von öffentlichen Schuldenregulierungsstellen stützen, eine relativ große Gruppe von Schuldnern unerfasst bleibt.

Statistiken, ob regionale Unterschiede bestehen, liegen nicht vor. Regionale Unterschiede könnten sich ggf. daraus ergeben, dass in verschiedenen Bundesländern sogenannte Entschuldungsfonds bestehen oder Stiftungen Sanierungshilfedarlehen vergeben, wodurch Schuldner in die Lage versetzt werden, Einmalzahlungen anzubieten.

12. Abgeordnete  
**Hilde  
Mattheis**  
(SPD)                      Weiß die Bundesregierung, warum dieses Verfahren nicht häufiger erfolgreich angewandt wird, obwohl mit der Gestaltung eines Verbraucherentschuldungsverfahrens dem außergerichtlichen Einigungsversuch vor der Eröffnung des eigentlichen Verfahrens eine zentrale Rolle zugedacht war, um unnötige weitere Verfahrensschritte und absehbarer Folgekosten zu